

B

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Ausgabe September 2016

ROT-GRÜNER

DOPPELHAUSHALT 2017/18:

AMBITIONSLOSE PFLICHTERFÜLLUNG

Aktuell
IS WIRBT UM MINDERJÄHRIGE

Klartext
**REALITÄTEN DER ROT-GRÜNEN
WILLKOMMENSPOLITIK**

Aus dem Parlament
**„MEDIZINISCHE LANDFLUCHT“
BEENDEN**

Aktuell
**ANTISEMITISMUS-VORWÜRFE KANN
MAN NICHT AUSSITZEN**

Aus dem Parlament
DIE KLIMANEUTRALE NORDSEEINSEL

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen und Herren, bei den Kommunalwahlen am 11. September sind viele Frauen und Männer neu in die Räte, Kreistage und in die Regionalversammlung gewählt oder in ihren Ämtern bestätigt worden. Die CDU wünscht diesen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern in den nächsten Jahren eine glückliche Hand und viel Freude bei Ihrer verantwortungsvollen Aufgabe.

Natürlich freut es uns, dass die CDU bei der Wahl mit Abstand die stärkste politische Kraft geblieben ist. Gleichzeitig wurde Rot-Grün landesweit eine Absage erteilt. Dies gilt – vor dem Hintergrund des intensiven Wahlkampfengagements des Ministerpräsidenten für die SPD – insbesondere für die Stadt und die Region Hannover. Das Wahlergebnis in Weils „Wohnzimmer“ ist zugleich auch eine Absage an Rot-Grün auf Landesebene.

SPD und Grüne sind jedoch nicht bereit, den Hinweis der Wählerinnen und Wähler aufzunehmen. Stur drücken sie die veralteten Beschlüsse aus ihrem Koalitionsvertrag durch, obwohl sie längst nicht mehr in die Zeit passen. Die Gemeinsamkeiten für neue Ideen sind aufgebraucht. Von Rot-Grün ist in dieser Wahlperiode nichts mehr zu erwarten.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

Ambitionslose Pflichterfüllung

Niedersachsen drohen mit rot-grünem Doppelhaushalt 2017/18 zwei weitere verlorene Jahre



Besser könnten die finanziellen Rahmenbedingungen in Niedersachsen kaum sein: Während die Steuereinnahmen seit Jahren kontinuierlich ansteigen, bewegen sich die Zinsen auf einem historisch niedrigen Niveau.

Keine wirkliche Haushaltskonsolidierung, keine Aufgabenkritik, keine klare Investitionsstrategie: Haushaltspolitisch waren die letzten vier Jahre unter Rot-Grün nach Einschätzung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Björn Thümler verlorene Zeit. Auch der Entwurf für den Doppelhaushalt 2017/18, den die Landesregierung im September in den Landtag eingebracht hat, verspricht wenig Aussicht auf Besserung. „Nicht mehr als eine ambitionslose Pflichterfüllung“, kommentiert Thümler entsprechend. „Die Eigenleistung dieser Landesregierung ist lächerlich gering. Sie profitiert stattdessen maximal von Rahmenbedingungen, für die sie nichts kann: einem historisch niedrigen Zinsniveau und fortlaufenden Rekordsteuereinnahmen.“

So kann das Land Niedersachsen für 2017 mit Einnahmen in Höhe von mehr als 25 Milliarden Euro rechnen – das sind 4,7 Milliarden Euro mehr als noch 2012 und damit ein Anstieg um rund 23 Prozent. Gleichzeitig bewegen sich die Zinsen seit Jahren auf einem historisch niedrigen Niveau. Damit sind Niedersachsens Zinsausgaben im Vergleich zum Jahr 2012 gesunken, obwohl die Verschuldung des Landes angestiegen ist.

Entsprechend kann die rot-grüne Landesregierung in ihrem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 mit fast 20 Prozent weniger Zinsausgaben kalkulieren als vor fünf Jahren.

Mehr Geld, aber keine Ideen

Mit den Steuermehreinnahmen und den gesparten Zinsausgaben verfügt die rot-grüne Landesregierung also über zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe – Geld, das SPD und Grüne sinnvoll im Land investieren könnten. Zum Beispiel in den Abbau der Neuverschuldung. Doch trotz der extrem günstigen Rahmenbedingungen baut Rot-Grün die Neuverschuldung nur in Trippelschritten von 120 Millionen Euro pro Jahr ab.

Die Ankündigung von Finanzminister Schneider, ab 2018 werde Niedersachsen keine neuen Schulden mehr aufnehmen, ist wohl nur der Tatsache geschuldet, dass eine



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

weitere Schuldenaufnahme angesichts der hervorragenden Landesfinanzen vor der Öffentlichkeit nicht mehr zu rechtfertigen wäre. „Tatsächlich wäre die schwarze Null 2017 schon ohne weiteres möglich gewesen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers. „Stattdessen greift der Finanzminister 2017 noch einmal mit 360 Millionen Euro neuen Schulden in die Vollen.“

Auch die Investitionsquote befindet sich unter Rot-Grün trotz der sehr guten Haushaltslage weiter im Sinkflug. Im Haushaltsplanentwurf 2017 liegt sie gerade noch bei 4,5 Prozent – ein historischer Tiefstand. Ein Aufwärtstrend ist nicht in Sicht: Laut Mittelfristiger Finanzplanung (Mipla) sollen die Investitionen bis 2020 sogar noch weiter gekürzt werden. Hilbers: „Die jüngsten Appelle des Landesrechnungshofes und der niedersächsischen Wirtschaft verhallen einmal mehr ungehört. Straßen und Häfen bleiben in diesem Doppelhaushalt unterfinanziert – der Breitbandausbau spielt für Rot-Grün offenbar überhaupt keine Rolle.“



Die Investitionen des Landes sind unter Rot-Grün massiv eingebrochen. Und der Trend setzt sich fort: Trotz steigender Steuereinnahmen, plant die Regierung um Ministerpräsident Stephan Weil die Investitionen auch in den kommenden Haushaltsjahren weiter zurückzuführen.

Statt Aufgabenkritik immer neue Posten

Was SPD und Grünen augenscheinlich fehlt, ist ein Plan, wie sich das Land entwickeln soll – das zeigen die fehlenden Investitionen ganz deutlich. Auch die von Finanzminister Schneider bei seinem Amtsantritt angekündigte Aufgabenkritik lässt weiter auf sich warten. Woran es aber auf keinen Fall mangelt, sind ausreichend Stellen in Staatskanzlei und Ministerien. Rund 478 Vollzeitstellen haben SPD und Grüne seit dem Regierungswechsel 2013 geschaffen. Das ent-

spricht einem Anstieg um mehr als 17 Prozent im Vergleich zum Haushaltsjahr 2012. Allein für das Haushaltsjahr 2017 sind im Vergleich zum Vorjahr mehr als 118 neue Stellen geplant. Die Staatskanzlei beschäftigt inzwischen vier Staatssekretäre – die CDU-geführte Landesregierung kam mit der Hälfte aus.

Auch das Lieblingsprojekt von Ministerpräsident Stephan Weil – die Einführung von vier neuen Ämtern für die regionale Landesverwaltung – beschränkt sich in seiner Wirkung darauf, den Ministerialapparat weiter aufzublähen. „Neue Posten schaffen SPD und Grüne im Handumdrehen. Die notwendigen Einsparungen werden hingegen auf die lange Bank geschoben“, kritisiert Hilbers.



Die Regierung um Ministerpräsident Weil hat den Personalschlüssel in Staatskanzlei und Ministerien kräftig aufgestockt – vorrangig um ausreichend Versorgungsposten zu schaffen. Allein im Haushaltsjahr 2017 ist erneut ein Aufwuchs von rund 118 Vollzeitstellen im Vergleich zum Vorjahr geplant.

Fraktionschef Thümler ergänzt: „Unter dieser Landesregierung bleibt Niedersachsen weit hinter seinen Möglichkeiten zurück – SPD und Grüne haben keine Vorstellung davon, wie das Land in fünf oder zehn Jahren aussehen soll. Rot-Grün fehlen eine Vision und ein klarer Antrieb, um Niedersachsen an die Spitze zu führen.“



Reinhold Hilbers – stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

AKTUELL IS WIRBT UM MINDERJÄHRIGE

Immer neue Details kommen ans Licht – Landesregierung nimmt islamistische Bedrohung in Niedersachsen nicht ernst genug



Am Nordwestausgang im Hauptbahnhof Hannover hat die zum Tatzeitpunkt 15-jährige Safia S. einen Polizisten mit einem Messer schwer verletzt. Foto: dpa

Die schweren Anschläge von Paris, Brüssel und Nizza haben die europäische Gemeinschaft erschüttert. In Niedersachsen ist die islamistische Bedrohung schon seit Anfang 2015 deutlich spürbar, nachdem der Braunschweiger Karnevalsumzug infolge von Terrorwarnungen nicht stattfinden durfte. Kurz nach den Pariser Anschlägen musste auch das geplante Fußballländerspiel zwischen Deutschland und den Niederlanden in Hannover aufgrund einer Bombendrohung abgesagt werden. Hinzu kommen Ausreisewellen von IS-Sympathisanten aus Hildesheim und Wolfsburg nach Syrien und in den Irak – jedes Jahr verlassen gefährliche Salafisten Niedersachsen, um sich dem IS anzuschließen.

Die CDU bemängelt schon lange den fahrlässigen Umgang der Landesregierung mit der islamistischen Bedrohung – auf Initiative der Landtagsfraktion werden die Sicherheitslücken bei der Bekämpfung islamistischen Terrors derzeit in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) aufgearbeitet. „Der PUA hat gezeigt, dass Rot-Grün minderjährige Gefährder nicht ernst genug nimmt. Das neue Verfassungsschutzgesetz ist der beste Beweis dafür“, kritisiert der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nacke. „Die Landesregierung will so wenig Beobachtung von Jugendlichen wie möglich. Junge Islamisten können unbeobachtet agieren – eine gravierende Sicherheitslücke, wie der Fall Safia S. gezeigt hat.“

Einzeltäter radikalisiert sich über das Internet und werden vom IS ferngesteuert

Safia S. tauchte bereits im Alter von 9 Jahren in Videos mit dem Hassprediger Pierre Vogel auf. Das Filmmaterial wurde vom Verfassungsschutz sogar zu Präventionszwecken verwendet – um das Mädchen selbst hat sich aber niemand gekümmert. So konnte sich die mutmaßliche Attentäterin über einen längeren Zeitraum radikalisieren. „Da Minderjährige unter 16 Jahren nicht mehr erfasst werden sollten, blieb Safia S. vom Verfassungsschutz unbehelligt“, kritisiert Nacke. „Dabei ist gerade die zum Tatzeitpunkt 15-jährige ein warnendes Beispiel für die Radikalisierung junger Menschen durch islamistische Hassprediger.“

Chat-Protokolle haben nun gezeigt, dass Safia S. für die Planung ihrer Messerattacke von einer „Leyla“ – mutmaßlich eine IS-Kontaktperson – Unterstützung und sogar genaue Anweisungen für die Ausführung der Tat erhalten hat. Über die Identität „Leylas“ ist bisher noch nichts bekannt. Safia S. ist nicht die einzige, die von IS-Terroristen übers Handy ferngesteuert wurde. Auch bei den Attentätern von Würzburg und Ansbach sind ähnliche Chat-Protokolle

aufgetaucht. „Das zeigt, dass der IS im Internet gezielt junge, für islamistische Botschaften anfällige Menschen kontaktiert, um diese für Attentate zu motivieren und bei der Planung zu unterstützen“, so Nacke.

Welche Maßnahmen können Straftaten islamistischer Gefährder verhindern?

Auch das Verschwinden von Ahmed A. im Juni dieses Jahres wirft immer wieder neue Fragen auf. Nach der Ankündigung, einen Anschlag in Afghanistan verüben zu wollen, wurden dem in Hannover gemeldeten Afghanen die Papiere entzogen und eine Meldeauflage auferlegt. Seit Mitte Juni hat die Polizei seine Spur verloren. „Sieben Monate lang wurde Ahmed A. von der Polizei beobachtet, dann wurde die Überwachung einfach eingestellt, weil es keine ‚sicherheitsrelevanten Ausrutscher‘ gab“, kritisiert Nacke. „Dass nach Ahmed A. nun in ganz Deutschland gefahndet wird, zeigt, dass die Sicherheitsbehörden die Lage falsch eingeschätzt haben.“

Die CDU fordert, dass die rot-grüne Landesregierung endlich mehr Anstrengungen in Sachen Prävention, Deradikalisierung und Früherkennung von Islamismus unternimmt. „Pistorius reagiert immer erst, wenn es schon viel zu spät ist. Das Verschwinden von Ahmed A. und das Attentat von Safia S. sind besorgniserregende Beispiele dafür“, so Nacke.



Jens Nacke, MdL – Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion.

KLARTEXT:

REALITÄTEN DER ROT-GRÜNEN WILLKOMMENS POLITIK

von Editha Lorberg



Refugees Welcome? Von wegen - noch im September 2015 bekundete SPD-Fraktionschefin Johanne Modder zu Beginn der Sondersitzung des Landtags zur Flüchtlingssituation ihre Solidarität - inzwischen ist es mit der Willkommenspolitik für Flüchtlinge bei der SPD offenbar vorbei. Foto: dpa

Kürzlich beklagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil im NDR, mit der unbefristeten Aufnahme von Flüchtlingen im Herbst 2015 sei ein falsches Signal in die Welt gesendet worden. Man habe damit Millionen Menschen Hoffnungen gemacht, die Deutschland nicht erfüllen könne. Ein unmissverständlicher Seitenhieb auf die Kanzlerin. Schon in einer Regierungserklärung im Mai hatte Weil der Bundesregierung vorgeworfen, sie habe maßgeblich dazu beigetragen, dass es in Deutschland so viele Flüchtlinge gebe.

Man sollte meinen, dass jemand, der wie der Ministerpräsident die offenen Grenzen für Flüchtlinge kritisiert, in der praktischen Politik alles daran setzt, eine ungesteuerte Zuwanderung über das Asylrecht zu unterbinden. Bei Weil und seiner rot-grünen Koalition ist das allerdings anders: Sie verteilen Bargeld statt Sachleistungen und eine Gesundheitskarte an Asylbewerber in Niedersachsen, blockieren die Einführung von Transitzonen sowie die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, legen großzügige Regelungen für die Härtefallkommission fest und kündigen Abschiebungen im Vorfeld an. Tatsächlich ist es damit die niedersächsische Landesregierung selbst, die mit ihrer Asylpolitik falsche Anreize speziell für Wirtschaftsflüchtlinge setzt.

Inzwischen scheint es aber bei der SPD „in“ zu sein, sich als Hardliner in der Flüchtlingspolitik zu profilieren. Mit „Refugees Welcome“ ist es bei den Genossen offenbar längst vorbei. Auch Parteichef Sigmar Gabriel gefällt sich zunehmend in seiner Rolle als schärfster Kritiker der Bundesregierung. Offenbar hat er vergessen, dass er ihr als Vizekanzler selbst angehört und die Entscheidung zur Öffnung der Grenzen im Herbst 2015 im Konsens mit

seiner SPD fiel. Übrigens war es Gabriel, der das inzwischen als „Merkel-Satz“ berühmte „Wir schaffen das“ im August vergangenen Jahres als Erster ausgesprochen hat.

Ganz furchtbar fanden die Genossen seinerzeit auch die Forderung nach Obergrenzen bei der Zuwanderung. Heute, zwölf Monate später, bedient sich ihr Parteichef ganz ungeniert der damals noch verteufelten „CSU-Rhetorik“ und spricht sich für so genannte Integrations-Obergrenzen aus. Daran stößt sich bei der SPD offenbar niemand.

Dass die SPD-Spitzen mit ihrer Wendehals-Politik vor allem der AfD in die Hände spielen, zeigen die jüngsten Wahlergebnisse. Schließlich waren es sowohl bei der Landtagswahl in Mecklenburg Vorpommern als auch bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen vor allem SPD, Grüne und Linke, die herbe Stimmverluste hinnehmen mussten. Vor allem die SPD war vielerorts von zum Teil massiven Wählerabwanderungen Richtung AfD betroffen.



Editha Lorberg, MdL – stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion.

AUS DEM PARLAMENT

„MEDIZINISCHE LANDFLUCHT“ BEENDEN



Vor allem ältere Menschen sind auf eine wohnortnahe hausärztliche Versorgung angewiesen.

Foto: picture alliance/Image Source

CDU fordert Stärkung der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen

Deutschland schrumpft nicht nur, sondern wird auch bis 2050 eine deutlich höhere Altersstruktur aufweisen. Mit dem steigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung wächst auch der Bedarf an Hausärzten. In den ländlichen Regionen Niedersachsens ist die Versorgung schon jetzt teilweise kaum noch zu gewährleisten – es fehlt schlicht der Nachwuchs. Viele Hausarztpraxen, deren Inhaber 60 Jahre und älter sind, stehen vor der Übergabe. Mit Blick auf neue Anforderungen wie die Palliativversorgung, aber auch aufgrund der langen und unregelmäßigen Arbeitszeiten, ist es oft schwierig, einen Nachfolger zu finden. Vielen Praxen droht deshalb die Schließung.

Ein zentrales Problem sind die im Vergleich mit anderen Arztgruppen deutlich schlechteren Verdienstmöglichkeiten: Hausärzte verdienen im Durchschnitt weniger als Ärzte, die im Krankenhaus angestellt sind. Der medizinische Nachwuchs konzentriert sich daher auf technisch geprägte Fachdisziplinen. Die aktuellen Ausbildungs- und Honorarsysteme unterstützen diese Tendenz zunehmend: Die Vorzugsbehandlung einzelner ärztlicher Disziplinen geht zulasten der Hausärzte.

Hinzu kommt, dass der Großteil des ärztlichen Nachwuchses Frauen sind. Um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können, suchen junge Ärztinnen vermehrt nach Anstellungen mit flexiblen Arbeitszeiten. Die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder sind in Städten deutlich besser, als auf dem Land.

Um die hausärztliche Versorgung dauerhaft zu verbessern, hat die CDU-Landtagsfraktion mit ihrem Entschließungsantrag „Hausärztliche Versorgung in Niedersachsen stärken“ gleich ein ganzes Maßnahmenpaket vorgelegt.

Mit gezielten Lösungen dem Hausärztemangel entgegenwirken

„Ansätze, um dem Hausärztemangel entgegenzuwirken, liegen vor allem im Medizinstudium und bei der Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin. Aber auch bei der hausärztlichen Tätigkeit selbst gibt es im Hinblick auf die Rahmenbedingungen Verbesserungsbedarf“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Burkhard Jasper. „Wichtig ist, positive Anreize zu setzen und junge Mediziner für den Beruf des Hausarztes zu begeistern.“ So

müsse, um das Fach Allgemeinmedizin während des Studiums zu fördern, nicht nur eine Pflichtprüfung eingeführt, sondern ein verpflichtendes Quartal im vertragsärztlich ambulanten Bereich im Praktischen Jahr vorgeschrieben werden. „So wird allen Studierenden ein tiefer Einblick in die primärärztliche Versorgung ermöglicht. Schließlich sind die Behandlung vieler Erkrankungen und die Langzeitbetreuung von Patienten sowie deren Familien nur im hausärztlichen Kontext erlebbar“, so Jasper.

Darüber hinaus müsse sich die Landesregierung auf Bundesebene, vor allem aber als Aufsichtsbehörde in Niedersachsen, dafür einsetzen, dass die Kassenärztliche Vereinigung notwendige Maßnahmen der Bedarfsplanung in unter- und übersorgten Gebieten ergreift. Auch eine wirksame Niederlassungsförderung sei entscheidend: zum Beispiel durch Sicherstellungszuschläge, Investitionskostenzuschüsse, Umsatzgarantien für Niederlassungen und Stipendien für Studenten, die sich regional verpflichten. Die Delegation an Versorgungsassistenten unter Führung des Hausarztes muss ausgebaut werden. Dadurch wird der Hausarzt nicht nur in der Praxis, sondern vor allem bei zeitintensiven Hausbesuchen entlastet. Jasper: „Im Landkreis Osnabrück gibt es ein hervorragendes Modell, das durchaus nachahmenswert ist. Dort wurde auf Initiative des Hausärzterverbandes und des Landkreises für solch eine Ausbildung eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1.000 Euro ausgelobt.“



Burkhard Jasper, MdL – CDU-Landtagsabgeordneter.

AKTUELL

ANTISEMITISMUS-VORWÜRFE KANN MAN NICHT AUSSITZEN

HAWK und Ministerium blieben im Hinblick auf umstrittenes Seminar zu lange tatenlos



In einem Seminar an der Hildesheimer Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) soll den Studierenden über Jahre hinweg ein zutiefst antiisraelisches, in Teilen sogar antisemitisches Weltbild vermittelt worden sein. Foto: dpa

Es war ein regelrechter „Shitstorm“, der in den letzten Wochen über die Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Hildesheim hereingebrochen ist. Israelfeindlichkeit bis hin zum Antisemitismus lautet der zentrale Vorwurf. Der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Emmanuel Nahshon, bezeichnete die Hochschule sogar als „Hass-Fabrik“. Auslöser der Debatte ist ein inzwischen eingestelltes Seminar zum Thema „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“. In der Lehrveranstaltung sollen über Jahre hinweg fragwürdige Materialien eingesetzt worden sein, die zu dem Vorwurf führten, es werde den Studierenden ein zutiefst antiisraelisches, in Teilen sogar antisemitisches Weltbild vermittelt.

Kritik seit langem bekannt

Die HAWK zeigt sich von den Vorwürfen überrascht – „Ich bin erschüttert“, sagte Präsidentin Christiane Dienel, als sie mit den Reaktionen aus Israel konfrontiert wurde. Dabei wissen Hochschule und Wissenschaftsministerium seit Langem um die Kritik an dem Seminar. So hatte die Amadeu-Antonio-Stiftung bereits im August vergangenen Jahres ein Gutachten vorgelegt, demzufolge das Konzept der Lehrveranstaltung darauf angelegt sei, „Israel zu dämonisieren und in die Nähe der südafrikanischen Apartheitszeit oder gar des Nationalsozialismus in Deutschland zu rücken.“ Auch Studenten hatten mehrfach die Einseitigkeit des Seminars beklagt. Trotzdem unternahm Hochschule und Ministerium zunächst nichts.

Erst, nachdem der Zentralrat der Juden sich wiederholt an Wissenschaftsministerin Heinen-Kljajic gewandt und über das einseitige Kursmaterial beschwert hatte, forderte diese im Januar 2016 eine Stellungnahme der HAWK zu den Vorwürfen an. Bis sich die Hochschule äußerte, vergingen weitere vier Monate. Im Mai 2016 verkündete die HAWK, man sehe „keinen Anhaltspunkt, dass antiisraelische oder antisemitische Inhalte in unzulässiger Weise propagiert werden“. Damit war der Fall für HAWK und Ministerin erledigt – doch die Kritik riss nicht ab. Erst nach internationaler Berichterstattung über den Fall zog das

Ministerium im August endlich die Notbremse und beauftragte das Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin, ein unabhängiges Gutachten über die Seminarinhalte anzufertigen. „Mit frühzeitigem und entschlossenem Eingreifen der Ministerin wäre der HAWK und dem Land Niedersachsen viel Ärger erspart geblieben“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Jörg Hillmer. „Antisemitismuskritik kann man nicht einfach aussitzen.“

Folgenschwere Verwechslung

Bei dem Versuch, die Krise weiter zu entschärfen, leistete sich Heinen-Kljajic den nächsten folgenschweren Fehler: Um die Wogen zu glätten, hatte die HAWK angekündigt, ihre Studierenden im laufenden Wintersemester zu verpflichten, zusätzlich zu der kritisierten Lehrveranstaltung ein weiteres Seminar zu belegen. In einem Brief an den Zentralrat der Juden teilte die Ministerin diese Entscheidung mit, nannte aber einen falschen Namen für das entsprechende Seminar.

Statt „Jüdisches Leben in Deutschland“, wie die Ministerin in dem Schreiben fälschlicherweise behauptet, trägt die Veranstaltung den Titel „Israel und Palästina: Historische Hintergründe.“ „Der Zentralrat ist damit von einer vollkommen anderen Schwerpunktsetzung des ergänzenden Seminars ausgegangen“, kritisiert Hillmer. „Dass die Ministerin diesen Fehler gegenüber dem Parlament in ihrer letzten Plenarrede zu diesem Thema nicht korrigiert hat, ist bezeichnend.“



Jörg Hillmer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion

Folgenschwere Verwechslung

HAWK-Präsidentin Dienel verteidigte bei einer Diskussionsveranstaltung im September ihre bisherige Position noch einmal: Das kritisierte Seminar habe den wissenschaftlichen Qualitätsansprüchen nicht genügt, sei aber nicht eindeutig antisemitisch gewesen. „Die Präsidentin zeigt sich weiter uneinsichtig. Sie hat damit ihr persönliches Schicksal mit dem Ergebnis des von der Ministerin in Auftrag gegebenen Gutachtens verknüpft“, betont Hillmer.

Dienels Vertrag läuft zum Jahresende aus. „Wir sind sehr gespannt, ob die Ministerin vor einer Wiederberufung das Gutachten der TU Berlin abwarten wird“, sagt Hillmer. Das Gutachten soll am 15. November vorliegen. Die CDU-Fraktion hat darüber hinaus Akteneinsicht beantragt.

AUS DEM PARLAMENT

DIE KLIMANEUTRALE NORDSEEINSEL

„Modellprojekt emissionslose Nordseeinsel“ – wie Stromüberschüsse in Niedersachsen sinnvoll genutzt werden können

Vollgestopfte Straßen, viel Lärm und gestresste Autofahrer – auf Baltrum, Juist, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge ist das längst Geschichte, denn sie sind autofrei. Bis auf vereinzelte Fahrzeuge wie Rettungswagen sind auf ihnen nur Fußgänger, Fahrradfahrer und Pferde erlaubt. Geheizt wird auf den Inseln noch mit Öl oder Gas. Daher wären sie ein ideales Testgebiet, um anhand der Nutzung vorhandener Stromüberschüsse zu überprüfen, inwiefern lokale Emissionen der Wärmeversorgung verringert und Logistikkosten für Öl und Gas gesenkt werden können. Aus diesem Grund hat die CDU-Landtagsfraktion den Antrag „Modellprojekt emissionslose Nordseeinsel“ entworfen. Ziel des Projekts ist es, die Inseln ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien zu versorgen.

Wie wird eine autofreie Nordseeinsel emissionsfrei?

Mehr als 30 Prozent des Strombedarfs in Deutschland werden durch erneuerbare Energien gedeckt, 17 Prozent davon allein durch Windkraft. Niedersachsen gehört zu den entwicklungsstärksten Bundesländern in Sachen erneuerbare Energien: In einigen windstarken Regionen an der Küste liegt der theoretische Selbstversorgungsgrad bei über 100 Prozent. Der so übererzeugte Strom muss zum Teil kostenpflichtig abtransportiert werden. „Ziel sollte es aber sein, diesen Stromüberschuss sinnvoll zu nutzen, zum Beispiel für die Wärmeversorgung und Mobilität“, so Martin Bäumer, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Genau hier setzt das „Modellprojekt emissionslose Nordseeinsel“ an.

„Moderne Nachtspeicher- oder Infrarotheizungen sind in der Lage, überschüssigen Strom aufzunehmen und diesen – auch unter Verwendung von Speichern – bei Bedarf in der kalten Jahreszeit als Wärme wieder abzugeben“, erklärt Bäumer. Auch Elektroautos können auf den Nordseeinseln zu einem Gewinn werden. Bei der bisher kritisierten geringen Reichweite der E-Autos sieht Bäumer keine Probleme: „Für den Verkehr auf den Inseln spielt die Reichweite eher eine untergeordnete Rolle.“

Bereits jetzt sind alle Nordseeinseln auch wegen des Klimawandels vermehrt von stärker auftretenden Sturmfluten, Überflutungen und schließlich Landverlust betroffen. Eine reine Kompensation des CO₂-Ausstoßes wäre bei Weitem nicht so effektiv, wie die komplette Umstellung auf erneuerbare Energien. „Insgesamt hat der Klimaschutz in den letzten Jahren eine Trendwende erfahren, da sich immer mehr Menschen über ihren eigenen CO₂-Abdruck bewusst werden“, stellt Bäumer fest.

Modellprojekt kann für alle Beteiligten ein großer Gewinn werden

Die Vorteile der „emissionslosen Nordseeinsel“ liegen auf der Hand:

- Überschüssiger Strom kann vor Ort genutzt werden
- Alternativen für fossile Brennstoffe schonen die Umwelt
- Entfall von Logistiktransporten für die Kraftstoffversorgung mit Öl und Gas
- Neue Perspektiven für das E-Auto entstehen
- Inseln können sich als emissionslose Gebiete touristisch neu präsentieren

Vor diesem Hintergrund fordert die CDU die Landesregierung auf, ein „Modellprojekt emissionslose Nordseeinsel“ zu starten und dieses Projekt finanziell entsprechend auszustatten. Die Ergebnisse des Projekts sollen dann auf ihre Übertragbarkeit auf andere Regionen Niedersachsens untersucht werden.



Die ostfriesische Nordseeinsel Juist ist bereits autofrei und möchte bis 2030 Deutschlands erste klimaneutrale Insel werden.

Foto: picture alliance / dpa Themendienst



Martin Bäumer, MdB – umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.

TERMINE

25. September
Stichwahl Kommunalwahl in Niedersachsen

3. Oktober
Tag der Deutschen Einheit

4. – 15. Oktober
Herbstferien in Niedersachsen

26. – 28. Oktober
Plenum des Niedersächsischen Landtags

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Anjuli Walter
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>